

Podiumsdiskussion beim Samstagsforum Regio Freiburg am 03. März 2007 zum Thema „Tiefe geothermische Energie am Oberrhein: Wie weiter nach Basel? Erschließen ohne Beben?“

Thesen von Herrn Bürgermeister Klaus Eberhardt, Weil am Rhein:

1. Euphorie bei erster Projektvorstellung

Bereits im Vorfeld der geothermischen Bohrungen beim Projekt „Deep Heat Mining“ in Basel gab es auch auf der deutschen Seite zahlreiche Projektvorstellungen. Diese waren geprägt von der Notwendigkeit des Einsatzes regenerativer Energien und den großen Vorteilen der Geothermie in Hinblick auf bestehende Potentiale im Oberrheingraben und der stetigen Verfügbarkeit. Der erforderliche Technikeinsatz wie auch Überlegungen zur Wirtschaftlichkeit rundete ein durchweg positives Bild von dem Projekt ab. Der Hinweis, dass vergleichbare Referenzobjekte zu Basel nur ansatzweise weltweit bestehen wurde als große Herausforderung gesehen und nicht unter dem Aspekt von Risiken betrachtet. Die Grundstimmung auf deutscher Seite war positiv geprägt und von politischen Beiträgen zur Notwendigkeit des Ausbaus der Geothermie bestimmt.

2. Unzureichende Umweltverträglichkeitsprüfung

Aus heutiger Sicht hat die auch der deutschen Nachbarschaft vorgelegte Umweltverträglichkeitsprüfung im Beteiligungsverfahren mögliche seismologische Auswirkungen ungenügend betrachtet. Die Ausführungen der Umweltverträglichkeitsprüfung waren vielmehr geprägt von den Lärmimmissionen der Bohrstelle auf die benachbarte Umgebung. Die zu dem Verfahren geführten Expertengespräche zum Einsatz und zur Steuerung der Technologie fanden in der Umweltverträglichkeitsprüfung keinen Eingang. Insofern waren für die beteiligten Stellen auf kommunaler Ebene etwaige seismologische Auswirkungen nicht ersichtlich, da stets auf die bei dem Geothermieprojekt Soultz-Sous-Forêts Bezug genommen wurde. Hier betrug die (nicht verspürte) Magnitude bei ausgelösten Beben 2,9 auf der Richterskala.

3. Fehlen einer offensiven Informationspolitik

Trotz Existenz eines Medienplanes, der auch die Information der Nachbarn im benachbarten Ausland vorsah, wurde in der gesamten Medienorientierung auf die Machbarkeit des Projektes ohne spürbare Auswirkungen hingewiesen. Ein „Worst-Case-Szenario“ ist nicht gebildet worden. Selbst in Basel bestanden keinerlei Informationen in der Öffentlichkeit über potentielle Risiken. Hieraus mag auch die offizielle Sprachlosigkeit der staatlichen Stellen in Basel unmittelbar nach Schadensfall resultieren. Diese als ohnmächtig empfundene Informationspolitik der Behörden schürte die Skepsis der betroffenen Bevölkerung auf deutscher Seite.

4. Nach wie vor existierende Grenzwiderstände zwischen der Schweiz und Deutschland

Trotz der in den letzten Jahren intensivierten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, trotz der bevorstehenden Gründung eines trinationalen Eurodistrictes Basel haben sich beim aufgetretenen Konfliktfall wieder bekannte Muster eines bestehenden Grenzwiderstandes bei Schadensereignissen aufgezeigt. Dies betrifft die bereits angesprochene Informationspolitik, im gleichen Maße aber auch die bestehende Unsicherheit über rechtliche Bestimmungen, über notwendige Konsultationen und Abstimmungsprozesse mit den benachbarten ausländischen Stellen als Rechtspflicht (es besteht zwar ein Staatsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz zur Abstimmung von umweltbeeinträchtigten Vorhaben, unklar ist allerdings ob das Projekt in den Geltungsbereich dieses Staatsvertrages fällt). Ein weiteres Hindernis in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit darf unter Umständen in der Schadensregulierung erwartet werden, wobei allerdings die eingeleiteten Schritte der Betreiberfirma Geopower Basel eine unkonventionelle Abwicklung der Schadensfälle erwarten lassen.

In den hier kurz skizzierten aufgetretenen Grenzwiderständen kann allerdings auch eine Chance gesehen werden künftig in vergleichbaren Situationen bessere Regulierungen herbeizuführen. Beispielhaft angeführt sei hier der in der Dimension sicherlich nicht vergleichbare Schadensfall des Brandereignisses Schweizerhalle, der im Bezug auf die Zusammenarbeit bei der Gewässerkontrolle und der Reinhaltung des Rheines zu ganz erheblichen Fortschritten geführt hat.

5. Interpretation der Fehleinschätzung des Erdbebenrisikos

Die unzureichende Information über potentielle Risiken wie auch die unmittelbar nach dem Beben ausgebliebene Reaktion der schweizerischen Behörden haben die Wirkung der aufgetretenen Beben in der Öffentlichkeit in einer negativen Wahrnehmung gestärkt. In der öffentlichen Diskussion wird das unmittelbar bestehende Gefährdungspotential gefährdeter Einrichtung als sehr kritisch beurteilt (Chemie, Tanklager). Der aufgetretene Knalleffekt während der kurzen Beben und die subjektiv wahrgenommene stärkere Auswirkung aufgrund des hohen Bebauungsgrades im Bereich des Epizentrums des Bebens haben zu einer sehr hohen Beunruhigung und zu einer Vielzahl von Schadensmeldungen geführt, wie sie bei zurückliegenden Beben vergleichbarer Stärke nicht festgestellt wurden. Die eigentliche Zielsetzung des Projektes ist aufgrund dieser Diskussion in den Hintergrund geraten.

6. Technologieeinschätzung

Das vorhandene Potential für Geothermie darf aufgrund des Anlasses nicht aufgegeben werden. Der Aspekt der Dezentralität von Energieerzeugung mit regenerativen Energiearten ist trotz des Schadensfalles zukunftsweisend. Es muss darauf hingewiesen werden, dass mögliche Alternativen in der Sonnenenergie, bei der stärkeren Nutzung der Wasserkraft, bei der Verwendung von Biomasse erkennbare Grenzen aufgezeigt werden. Insofern ist bei weiteren Projekten im Bereich Basel, wie jetzt auch geschehen, eine Risikoanalyse für den Fall der Fortsetzung des Projektes zu erstellen und mit den betroffenen Fachleuten auf deutscher und französischer Seite abzustimmen. Es ist hierbei auch zu überlegen, ob das stark bebaute Areal von Kleinhüningen die potentiell größte Eignung für die Anwendung des Hot-Dry-Rock Verfahrens bildet. Gegebenenfalls sind andere Technologien einzusetzen oder Abstriche bei den Bohrtiefen und damit der wirtschaftlichen Verwendung der Geothermie für die Energieerzeugung zu machen. Die nunmehr einsetzende internationale wissenschaftliche Begleitung und Auswertung der in Basel gemachten Erfahrungen sollte positiv für eine künftige Standortbestimmung der Geothermie genutzt werden.

Weil am Rhein, 02. März 2007

Klaus Eberhardt
Bürgermeister der Stadt Weil am Rhein
Vorsitzender des Trinationalen Umweltzentrums